

Für ein klimaneutrales Saarland im Jahr 2040.

Leitantrag zum Landesrat der Jungen Union Saar am 16. Dezember 2020.

I. Präambel

Der Klimawandel stellt die gesamte Weltgemeinschaft vor eine riesige Herausforderung. Wir haben eine Klimakrise, deren Auswirkungen bereits heute weltweit spürbar sind. Ob es die Zunahme von Dürren, die Ausbreitung von Wüsten, die Häufung von Überschwemmungen sowie weiterer extremer Wetterereignisse oder das Abschmelzen von Gletschern sind. Unsere Erde verändert sich dramatisch. Diese Veränderungen folgen keineswegs einem immer wieder auftretenden periodischen Zyklus. Sie sind menschengemacht und in erster Linie Folge des weltweiten CO₂-Ausstoßes.

Ein wirksamer Klimaschutz durch eine Verringerung dieses CO₂-Ausstoßes ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Herausforderung kann nur dann gemeistert werden, wenn jeder, ganz gleich, ob der Staat, Unternehmen oder Privatpersonen, einen Beitrag leistet. Als weltweite Krise muss diese auch global angegangen werden. Weltweite oder auch europäische Klimaziele sind wichtig. Aus unserer Sicht ist es jedoch erforderlich, dass der Staat auf allen Ebenen tätig wird und sich verbindliche spezifische Ziele auf diesen Ebenen setzt. Wir sind davon überzeugt, dass Deutschland die Pflicht hat die Pariser Klimaschutzziele von 2015 einzuhalten und alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen muss.

Aus diesem Grunde fordern wir die saarländische Landesregierung auf, ein **saarländisches Klimaschutzgesetz** zu erlassen, in dem **konkrete Maßnahmen** zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes im Saarland ergriffen werden. Dieses Gesetz soll auch eine **verbindliche Zielsetzung für ein klimaneutrales Saarland** enthalten. Das Saarland hat in der Vergangenheit bereits einen Strukturwandel geschafft und bewiesen, dass die Menschen in diesem Land anpassungsfähig sind.

Wir fordern, dass das Saarland die Chancen, die sich durch den Wandel in der Industrie und auch bei der Energiegewinnung ergeben, nutzt. Die Energiewende bietet vor allem auch Chancen für die Schaffung neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze. Wir wollen die ökologische

34 Wende unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte vollziehen. Wir wollen das Klima schüt-
35 zen und gleichzeitig den Wohlstand unseres Landes nicht nur erhalten, sondern auch meh-
36 ren. Hierfür stellen wir als Vertreter der jungen Generation die nachfolgenden Forderungen
37 auf. **Für ein klimaneutrales und wirtschaftlich attraktives Saarland im Jahre 2040.**

38

39 II. Energieerzeugung

40 Um Europa, Deutschland und damit auch das Saarland klimaneutral umzugestalten, führt
41 kein Weg an dem **Ausbau der Erneuerbaren Energien** vorbei. Bereits heute sehen wir, dass
42 wir bei zeitgleicher Stilllegung von fossilen Kraftwerken und einem zu geringen Ausbau der
43 Erneuerbaren Energien auf eine Lücke in der Versorgung zusteuern. Im Saarland ist dies,
44 zumindest bilanziell, schon Realität, denn durch die Abschaltung der Kohlemeiler sind wir in
45 großem Stil Stromimporteur und das nicht zwingend von Strom aus Erneuerbaren Energien.
46 Diese Lücke müssen wir schließen. Im Sinne des Klimaschutzes, je schneller desto besser.

47

48 Gerade auch in Anbetracht des Strukturwandels, vor dessen Herausforderung wir im Saar-
49 land stehen, spielt die Erzeugung von Strom eine wesentliche Rolle. Denn Stromerzeugung
50 bedeutet auch Wertschöpfung. Werden Erneuerbare-Energien-Anlagen im Saarland errich-
51 tet und erzeugen den Strom dezentral, profitieren davon auch die Kommunen durch Steu-
52 ereinnahmen, Handwerks- und Industriebetriebe durch regionale Aufträge und damit letzt-
53 lich auch der Bürger vor Ort. Wir als JU Saar wollen diese **Wertschöpfung** wieder in unserem
54 Land haben. Dies kann nur mit dem Ausbau von Erneuerbaren Energien funktionieren. Um
55 das Ziel eines klimaneutralen Saarlands bis zum Jahre 2040 zu erreichen, muss der **Anteil**
56 von **Erneuerbaren Energien** am **Bruttostromverbrauch** im Saarland bis zum Jahre **2040**
57 **100%** betragen.

58

59 Als Technologien mit dem größten Potential für das Saarland sehen wir die **Photovoltaik** in
60 Form von Dach- und Freiflächenanlagen, explizit auch die Agro-Photovoltaik, sowie die
61 **Windkraft** (onshore) an. Um den Ausbau angemessen wie auch ambitioniert voranzutrei-
62 ben, sind Rahmenbedingungen auf Bundesebene durch landesspezifische Regelungen zu er-
63 gänzen.

64

65 Das Saarland hat bundesweit die höchste Eigenheimquote und damit beste Voraussetzungen
66 für Photovoltaikdachanlagen, die ein wichtiger Faktor auf dem Weg hin zur Klimaneutralität
67 in allen Bereichen sind. Um das Potential stärker nutzen zu können, fordern wir eine
68 Besserstellung der Prosumer, also der aktiv am Energiemarkt teilnehmenden Verbraucher,
69 im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Hier müssen vor allem **bürokratische Hemmnisse
70 und Umlagen reduziert** werden. So wollen wir, dass der Eigenverbrauch von Solarstrom
71 nicht weiter mit Umlagen belastet wird. Die aktuelle Erhebung einer Umlage auf selbst ver-
72 brauchten Strom nach dem EEG hemmt den Ausbau der Erneuerbaren Energien und ist da-
73 her abzuschaffen. Dies gilt ebenso für jede Form der Speicherung wie Lithium-Ionen-Spei-
74 cher oder Power-to-X Verfahren sowie für die Stromlieferung an Dritte. Explizit ist hier auch
75 die Wasserstoffproduktion zu erwähnen, die von der EEG-Umlage befreit sein muss. Nur
76 durch die Entlastung von Abgaben kann diese Technik schnell vorangebracht werden. Der
77 Effekt der Abschaffung würde zum einen weniger Bürokratie für die Betreiber bedeuten,
78 gleichzeitig würden durch weniger staatliche Abgaben die Investitionen in Erneuerbare-
79 Energien-Anlagen für viele Vorhaben rentabel werden (bspw. Mehrfamilienhäuser, Gewer-
80 bebetriebe).

81
82 Ein weiterer Sektor sind die Dachanlagen von Gewerbe- und Industriebetrieben. Oft besteht
83 in diesen Objekten ein hoher Stromverbrauch, sodass es für die Betriebe wirtschaftlich ist,
84 den vor Ort erzeugten Strom aus einer Photovoltaikanlage selbst zu nutzen. Dadurch wird
85 zudem das Netz entlastet. Auch hier sehen wir die geplanten Maßnahmen der Regierung
86 kritisch, den Eigenverbrauch ab 500 kWp zu unterbinden. Vielmehr fordern wir, große Dach-
87 anlagen nicht in die Ausschreibungen mit aufzunehmen, sondern bis zu einer Größe von 1
88 MW als Eigenverbrauchsanlage betreiben zu dürfen.

89
90 Betrachtet man den geplanten Photovoltaikzubau ist nüchtern festzustellen, dass die im
91 EEG geplanten Ausbauziele nicht ausreichen werden, um die Klimaziele zu erreichen. Da
92 Photovoltaik eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung hat und technisch auf einem hohen
93 Stand ist, ist naheliegend, diese Technik u. a. zu forcieren. Daher sehen wir eine Verdopp-
94 lung des bundesweiten Ausbauziels auf rund 10 GW pro Jahr als sinnvoll und realistisch an.
95 Dies würde sich unmittelbar positiv auf den Zubau im Saarland auswirken. Nur mit einem
96 ambitionierten Ausbau wird die junge Generation in einer ihr gerechten sauberen Energie-
97 versorgung aufwachsen.

98 Eine zweite wichtige Säule der Energieversorgung wird die Windkraft sein. Um die Klima-
99 ziele zu erreichen, ist ein **Ausbau der Windenergie** unumgänglich. Diesbezüglich gibt der
100 Bund gewisse Ausbauziele vor. Vorteilhaft für eine reibungslosere Umsetzung wäre eine ak-
101 tive Kooperation zwischen Bund und Ländern. Windräder werden vor Ort aufgestellt und
102 betreffen am Ende Kommunen und Bürger. Das Land muss daher aktiver als bisher den Aus-
103 bau der Windkraft steuern und gestalten können. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass
104 wieder das Land im **Landesentwicklungsplan Umwelt** über die **Festsetzung von Vorrang-**
105 **gebieten entscheidet**, in denen Windkraftenergieanlagen konzentriert werden sollen.
106 Kommunen sind häufig planungsrechtlich wie auch gesellschaftspolitisch gehemmt, ihrer
107 Pflicht zur Gestaltung des Ausbaus der Windenergie in angemessener Weise nachzukom-
108 men.

109

110 Darüber hinaus sehen wir in der Stärkung der Beteiligungsmöglichkeit von Bürgern einen
111 notwendigen Schritt, um die Akzeptanz vor Ort zu stärken. Bürger und Kommunen müssen
112 finanziell stärker an den Gewinnen der Windkraftanlagen bei ihnen vor Ort beteiligt werden.
113 Ein wichtiger Baustein hierzu sind **Bürgerenergiegenossenschaften**, deren Einbindung in
114 Projekte wünschenswert ist.

115

116 Immer mehr Photovoltaik- und Windkraftanlagen fallen in den nächsten Jahren aus der För-
117 derung heraus. Es wäre ein falsches Signal, solche technisch noch einwandfrei funktionie-
118 rende Anlagen stillzulegen. Daher braucht es Übergangsregeln, die den Weiterbetrieb und
119 das Repowering zumindest insoweit attraktiv machen, dass diese Anlagen nicht aus ökonomischen Gründen abgeschaltet werden.

120

121
122 Bei aus der Förderung auslaufenden Photovoltaikanlagen, die vor allem auf Gebäuden in-
123 stalliert sind, muss der einfache Zugang zur Umstellung auf Eigenverbrauch möglich sein.
124 Dies dient der Sektorenkopplung, denn gerade im privaten Bereich ist mit einer Zunahme
125 an größeren Verbrauchern (Wärmepumpe, E-Auto) zu rechnen. Überschüssiger Strom soll
126 eine Anschlussvergütung erhalten.

127

128 Bei der Windkraft spielt neben dem Weiterbetrieb ebenfalls das Repowering eine zuneh-
129 mend wichtige Rolle. Bereits erschlossene Flächen können auch in Zukunft – sofern Aspekte
130 des Umwelt- und Artenschutzes nicht entgegenstehen – weiter genutzt werden, vor allem

131 mit der mittlerweile leistungsstärkeren Technik als vor 20 Jahren. Das Saarland benötigt da-
132 her eine **Repowering-Strategie**.

133

134 Von zentraler Bedeutung für den neuen Energiemarkt sind **Stromspeicher**. Sie sind in der
135 Lage, überschüssige Energie aufzunehmen und zeitlich zu verlagern. Neben Pumpspeicher-
136 kraftwerken haben vor allem die „Power-to-gas“-Technik sowie chemische Speicher (bspw.
137 Lithium-Ionen) großes Potential. Auch hier ist entscheidend, dass in einem neuen Marktme-
138 chanismus die Speicherung von Energie honoriert wird. Die JU steht daher hinter dem Ein-
139 satz der Speichertechnik und sieht die Aufgabe der Politik darin, die notwendigen Rahmen-
140 bedingungen zu schaffen, sodass Speicher künftig ein **fester Bestandteil des Systems** wer-
141 den und deren wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet wird. Explizit ist es auch hierzu not-
142 wendig, die Belastung durch Abgaben zu reduzieren und bürokratische Hürden abzuschaf-
143 fen, dies gilt gleichermaßen für den grünen Wasserstoff. Speicher können unter guten Rah-
144 menbedingungen auch interessant für Mittelstand, Mehrfamilienhäuser sowie Quartiers-
145 konzepte werden. Das Ziel muss es sein, die bundesweiten Regelungen derart zu gestalten,
146 dass solche Projekte umgesetzt werden. Im Saarland könnte man über eine zusätzliche Spei-
147 cherförderung nachdenken.

148

149 **III. Industrie**

150 Aus der saarländischen CO₂-Bilanz ist abzulesen, dass im Saarland in den Jahren 1990 bis
151 2016 die gesamten CO₂-Emissionen absolut gesunken sind. Der richtige Weg wurde damit
152 bereits beschritten, er muss jedoch auch konsequent weitergegangen werden. Bei den End-
153 verbrauchsbereichen hat das verarbeitende Gewerbe den größten Anteil am CO₂-Ausstoß
154 und damit auch das größte Potenzial für Einsparungen.

155

156 Insbesondere die Stahlproduktion trägt einen erheblichen Anteil am saarländischen CO₂-
157 Ausstoß. Dabei gibt es hier große Ansatzmöglichkeiten. Das **Saarland** muss beim Thema
158 **klimafreundlicher Stahl europäischer Vorreiter** werden. Durch die neuen innovativen
159 Hochöfen, welche mit Hilfe von Wasserstoff betrieben werden, werden die CO₂-Werte künf-
160 tig spürbar sinken. Die Junge Union spricht sich dafür aus, die Idee des Elektrostahlofens
161 umzusetzen und die dafür notwendigen rund 1 Mrd. Euro Investitionsmittel durch entspre-
162 chende Fördermaßnahmen des Bundes zu kompensieren.

163 Solche Investitionen in die Zukunft müssen auch langfristig wirtschaftlich rentabel sein. Da-
164 mit der Wettbewerb gerade in der weltweiten Stahlbranche fair bleibt, muss hier europäisch
165 gehandelt werden. Die Einführung eines europäische Klimaschutz-Zolls ist unausweichlich,
166 damit der europäische Markt nicht von billigem, klimaschädlich produzierten Stahl über-
167 schwemmt wird. Daher fordert die JU Saar die Landesregierung dazu auf, sich auf europäi-
168 sche Ebene weiter für die **Einführung einer CO₂ -Grenzabgabe auf Stahlimporte** einzuset-
169 zen, um die Wettbewerbsfähigkeit von saarländischem grünem Stahl sicherzustellen.

170

171 Die Stahlindustrie prägt die DNA vieler Saarländer und hat daher ein besonderes Augen-
172 merk verdient. Gerade in der Stahlindustrie steht „Made in Saarland“ für höchste Qualität.
173 Zusätzlich soll es aus unserer Sicht zukünftig auch das Siegel für eine besonders nachhaltige
174 Produktion sein.

175

176 Wasserstoff liefert dann einen Beitrag zur nachhaltigen Stromerzeugung, wenn er grün ist.
177 D. h. er muss mit Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt worden sein. Da grüner Wasser-
178 stoff nicht im Überfluss vorhanden sein wird, ist ein gezielter Einsatz notwendig. Dort, wo
179 die hohe Energiedichte eines flüssigen Brennstoffes nicht benötigt wird, sollten effizientere
180 Lösungen (Li-Ionen Batterien) zum Einsatz zu kommen, bspw. im Individualverkehr, im Nah-
181 verkehr, zu netzdienlichen Zwecken und zur Eigenverbrauchsoptimierung. Wir brauchen
182 Wasserstoff vor allem auch dort, wo sehr hohe Strommengen gefragt sind, d. h. in der In-
183 dustrie und im Fernverkehr. Daher fordert die Junge Union Saar, Investitionen für Forschung
184 und Entwicklung vor allem in den Bereichen Industrie und Fernverkehr zu tätigen und nicht
185 im Bereich des Individualverkehrs.

186

187 Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer klimafreundlicheren Industrie ist die
188 **Reduzierung von Abfällen**. Dies gilt ebenso für die Müllreduzierung in Privathaushalten.
189 Die JU Saar begrüßt das europäische Verbot von Einwegplastik und die damit einherge-
190 hende Reduzierung von Plastik in der Umwelt. Durch die Erhöhung der Quote an recycleba-
191 rem Kunststoff können CO₂-Emissionen in erheblichem Maße eingespart werden, da durch
192 den eingesparten Bedarf an Neukunststoff auch der Bedarf an Rohöl sinkt. Zum anderen
193 können durch das Recycling von Kunststoffen etwa 33 bis 50 Prozent Energie eingespart
194 werden, die zur Herstellung von neuen Kunststoffen notwendig wären.

195 **Daher fordert die JU Saar die Ausfuhr von Kunststoffabfällen zu reduzieren** und Investi-
196 tionen in Konzepte zur Gewinnung und Verwendung (**Recyclingquoten**) von Rezyklaten zu
197 tätigen, die wiederum in die Kreislaufwirtschaft eingebracht werden können.

198 **IV. Land- und Forstwirtschaft**

199 Unser Wald ist von großer Bedeutung für Klima, Wasser, Boden, sowie die biologische Viel-
200 falt. Ebenso wichtig ist die Nutz- und Erholungsfunktion für den Menschen. In deutschen
201 Wäldern waren 2017 in der lebenden Biomasse rund 1,23 Milliarden Tonnen Kohlenstoff ge-
202 speichert. Somit ist der Wald eine wichtige Kohlenstoffsенке.

203

204 Jedoch befinden sich unsere Wälder in den letzten Jahren durch Stürme, Dürren und Schäd-
205 lingsbefall in einer Krise. Auch die Folgen des Klimawandels stellen Gefahren für unseren
206 Wald da. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass unser **Wald** zukunftsfähig bleibt, die
207 Folgen des Klimawandels übersteht und weiterhin als **Kohlenstoffsенке** agiert. Dazu benö-
208 tigt es Experten, die sich mit dem Wald vor Ort auseinandersetzen, um Ideen zu entwickeln,
209 wie man unseren Wald der Zukunft aufbaut.

210 Wichtig ist dabei insbesondere, dass die öffentliche Hand als Vorbild auftritt. Es ist nötig,
211 dass die Leistung des Waldes vergütet wird, wodurch Waldbesitzer und Forstbetriebe bei
212 ihrer Aufgabe der Waldschutz-, Aufarbeitungs- und Wiederaufforstungsarbeiten entlastet
213 werden

214

215 Chancen für den Klimaschutz ergeben sich aber auch durch die Nutzung von nachhaltig er-
216 zeugtem Holz. Durch die Verarbeitung von Holz zu langlebigen Produkten, kann man den
217 enthaltenen Kohlenstoff längerfristig speichern. Die Nutzung von Holz als Baumaterial bie-
218 tet somit eine Alternative zu anderen, umweltschädlichen Baumaterialien.

219

220 Deshalb fordert die Junge Union Saar:

221

222 1. Die Gründung einer **forstlichen Versuchsanstalt** im Saarland, welche praxisnahe
223 forstliche Forschung vor Ort betreibt, sowie Waldbesitzer, Forstbetriebe, Verwal-
224 tung und die Politik berät.

225

226 2. Die **Vermehrung der Waldfläche** in öffentlicher Hand, durch Zukauf bestehender
227 Waldflächen.

228

229 3. Eine **Holzbaquote** bei Bauaufträgen auf Kommunal- und Landesebene.

230

231 4. Die **Förderung des Holzbaus** aus nachhaltig erzeugtem klimafreundlichem Holz.

232

233 5. Die **Senkung der Mehrwertsteuer** von langlebigen Holzprodukten aus nachhaltiger Produktion

234

235

236 6. Die **Einführung einer Leistungsvergütung** für die anerkannte Kohlenstoffsенke der Wälder. Dadurch könnten Waldbesitzer und Forstbetriebe bei deren Aufgabe für den Erhalt eines gesunden und kräftigen Waldes entlastet werden.

237

238

239

240 7. Die **Ausweitung von Naturschutzgebieten**. Denn wo der Wald unberührt ist, können sich an die veränderten Klimabedingungen resistente Pflanzen und Bäume schneller entwickeln als in Monokulturen mit für unsere Region atypischen Baumarten.

241

242

243

244

245 Ein zentraler Treiber der CO₂-Emissionen ist auch unsere Ernährung. Großen Anteil daran hat die industrielle Tierhaltung, auf die laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen rund 15 % der internationalen Treibhausgase zurückzuführen sind. Im Schnitt verzehrte jeder Deutsche, laut dem Bundeslandwirtschaftsministerium, im Jahr 2019 59,5 kg Fleisch pro Kopf.

246

247

248

249

250

251 Ein Grund der schlechten CO₂-Bilanz von Fleisch ist Soja. Soja enthält viel Eiweiß und liefert Rindern wertvolle Nährstoffe. Problematisch ist, dass Soja überwiegend aus Übersee importiert werden muss und für deren Produktion Monokulturen angelegt werden, welche von großem Nachteil für die Vegetation vor Ort und das Klima sind. Es gibt deutsches und europäisches Soja, jedoch entspricht dieses bei weitem noch nicht unserem Bedarf. Seit 2016 fördert das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Erforschung von alternativen heimischen Eiweißpflanzen. Deshalb fordert die JU Saar, die weitere **finanzielle Förderung der Erforschung alternativer Eiweißpflanzen** aber auch die **Subvention von nachhaltigem deutschen Soja-Anbau**. Hierdurch kann die Konkurrenzfähigkeit des in

252

260 Deutschland produzierten Soja erhöht und damit die Emissionen bei der Produktion und
261 dem Transport von ausländischem Soja gesenkt werden.

262

263 Aus unserer Sicht muss darüber hinaus die gesamte Produktion von tierischen Produkten
264 und landwirtschaftlichen Gütern überdacht werden. Der Fokus sollte dabei auf einen **be-**
265 **wussteren Konsum aus regionaler und ökologischer Erzeugung** gelegt werden. Dadurch
266 könnten weite Transportwege verhindert, das Tierwohl verbessert, sowie auf schädliche Fut-
267 termittel und chemische Düngemittel verzichtet werden. Auch hier sollte die öffentliche
268 Hand mit gutem Beispiel vorgehen und bspw. das Angebot von ökologischen und regio-
269 nalen Produkten in den saarländischen Schul- und Hochschulmensen nach dem Vorbild der
270 Mensa der Universität des Saarlandes stärker fördern.

271

272 Wir fordern weiter, nachhaltige Lebensmittel insgesamt stärker zu subventionieren und
273 Subventionen für konventionelle Erzeugnisse zu verringern. Dadurch würden der ökologi-
274 sche Landbau und eine nachhaltige Tierhaltung wesentlich attraktiver werden.

275 Deshalb wird die saarländische Landesregierung aufgefordert, ein Konzept zur **stärkeren**
276 **Subventionierung ökologischer Landwirtschaftsbetriebe** vorzulegen und auf Bundes-
277 ebene auf eine Veränderung der Subventionsvergabe im Bund sowie in der europäischen
278 Union hinzuwirken.

279

280 Des Weiteren fordern wir auch die Bundesregierung dazu auf, bei der Europäischen Union
281 den Druck auf ein verbindliches Tierwohllabel zu erhöhen und sich bei der Verteilung der
282 EU-Agrarsubventionen für eine stärkere Ausrichtung hin zu einer ökologischen Landwirt-
283 schaft stark zu machen.

284

285 Ein weiteres gesamtgesellschaftliches Problem ist die immense Verschwendung von Le-
286 bensmitteln. Rund 12 Millionen Tonnen Lebensmittel landen jährlich im Müll und jeder von
287 uns verschwendet im Schnitt 75 Kilogramm. Vor diesem Hintergrund fordern wir, die **Le-**
288 **bensmittelverschwendung** nach französischem Vorbild **unter Strafe** zu stellen. Super-
289 märkte ab einer Größe von 400 Quadratmeter sollen verpflichtet werden, Lebensmittel, die
290 nicht mehr verkauft werden, aber noch genießbar sind, entweder auf einer ausgewiesenen
291 Fläche im Supermarkt zur kostenlosen Mitnahme anzubieten oder an soziale Einrichtungen

292 zu spenden. Erst nach einer vorgeschriebenen Zeit sollen diese dann entsorgt werden dür-
293 fen. Zuwiderhandlungen sollen mit einem Bußgeld geahndet werden.

294

295

296

297 **V. Gebäudesektor**

298 Schlecht gedämmte Gebäude und veraltete Heizsysteme verbrauchen große Mengen an
299 Energie. Laut dem Klimaschutzbericht der Bundesregierung stammen (Stand 2018) etwa 14
300 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland aus dem Gebäudesektor. Dies sind
301 jedoch nur die unmittelbaren Emissionen, denn wenn man die Emissionen bei der Herstel-
302 lung von Strom und Fernwärme oder von Baustoffen berücksichtigt, liegt der Wert gar bei
303 28 Prozent. Der Gebäudebereich ist damit unmittelbar und mittelbar für mehr als ein Viertel
304 der deutschen CO₂-Emissionen verantwortlich. Dies bedeutet: Der Gebäudesektor ist beim
305 Ziel der Senkung von CO₂-Emissionen ein entscheidender Baustein.

306

307 Betrachtet man allein die unmittelbaren CO₂-Emissionen, so ist der Gebäudebereich für 120
308 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß jährlich verantwortlich. Das Klimaschutzprogramm der Bun-
309 desregierung sieht vor, dass dies im Jahre 2030 nur noch 72 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr
310 sein sollen. Bis zum Jahr 2050 will die Bundesregierung einen nahezu klimaneutralen Ge-
311 bäudebestand realisieren.

312

313 Wir wollen, dass das Saarland mit bestem Beispiel vorangeht und fordern daher einen **kli-**
314 **maneutralen Gebäudebestand im Saarland bis zum Jahre 2040**. Wir fordern die saarländi-
315 sche Landesregierung dazu auf, konkrete Maßnahmen zur drastischen Senkung des CO₂-
316 Ausstoßes im Gebäudesektor zu ergreifen. Auf dem Weg zu klimafreundlicheren Gebäuden
317 sind dabei aus unserer Sicht vor allem die folgenden 5 Punkte wichtig:

318

- 319 ● **Energetische Sanierung** von öffentlichen und privaten Gebäuden
- 320 ● **Klimafreundliche Wärmeerzeugung**
- 321 ● Ausbau von **Photovoltaikdachanlagen**
- 322 ● Einsatz **umweltschonender Baumaterialien**
- 323 ● **Umweltschonende und artenförderliche Außenanlagen**

324

325 Der Gebäudebereich bietet große Energieeinsparpotentiale. Nach Angaben des Bundesmi-
326 nisteriums für Wirtschaft und Energie wurden fast zwei Drittel aller Wohngebäude vor dem
327 Jahr 1979, dem Jahr des Inkrafttretens der ersten Wärmeschutzverordnung, errichtet. Der
328 jährliche Verbrauch von Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter liegt bei diesen Gebäu-
329 den teilweise durchschnittlich mehr als viermal so hoch als bei modernen Wohngebäuden.
330 Die größten Einsparungen lassen sich demnach also bei diesen Gebäuden erzielen. Wir for-
331 dern die saarländische Landesregierung daher auf, eine Sanierungsstrategie für saarländi-
332 sche Gebäude zu entwerfen. Die Eigentümer von Gebäuden müssen gezielt auf Fördermög-
333 lichkeiten des Bundes hingewiesen und zu einer Sanierung ermuntert werden. Hierzu sollte
334 die saarländische Landesregierung einen eigenen Fördertopf ins Leben rufen, um die Bun-
335 desmittel aufzustocken. Erforderlich ist dabei auch, dass die öffentliche Hand mit gutem
336 Beispiel vorangeht. Wir fordern daher die Landesregierung dazu auf, bis zum Jahre **2030 alle**
337 **öffentlichen Gebäude in der Hand des Landes** einer **energetischen Sanierung** zu unter-
338 ziehen.

339

340 Darüber hinaus muss auch im Saarland der Umstieg von Ölheizungen zu klimafreundlicher
341 Wärmeerzeugung stärker forciert werden. Zum einen fordern wir auch an dieser Stelle eine
342 Aufstockung der Bundesfördermittel, um einen attraktiven Anreiz zur Umstellung auf er-
343 neuerbare Wärme zu setzen. Zum anderen ist es aus unserer Sicht jedoch auch Aufgabe der
344 Politik, gerade bei Neubauten dem Einsatz von emissionsreichen Heizungen einen Riegel
345 vorzuschieben. Wir fordern die saarländische Landesregierung daher auf, die **Landesbau-**
346 **ordnung** mit Wirkung zum Jahre **2022** so zu ändern, dass in Gebäuden, in denen eine klima-
347 freundlichere Wärmeerzeugung möglich ist, der Einbau von **Ölheizungen nicht mehr ge-**
348 **stattet** ist. Gleichzeitig muss durch eine Subventionierung klimafreundlicher Heizungen si-
349 chergestellt sein, dass der Wechsel sozialverträglich erfolgen kann.

350

351 Wie bereits beschrieben hat das Saarland bundesweit die höchste Eigenheimquote und da-
352 mit beste Voraussetzungen für Photovoltaikdachanlagen. Diese können zum einen dazu die-
353 nen, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Gesamtenergiegewinnung zu erhöhen und
354 zum anderen durch die Nutzung der gewonnenen Energie zum Eigenverbrauch dabei helfen,
355 den Bedarf an Energie aus dem öffentlichen Netz zu senken. Um diesen Prozess voranzu-
356 treiben fordern wir zum einen die stärkere Förderung von Photovoltaikdachanlagen. Zum
357 anderen fordern wir die saarländische Landesregierung dazu auf, in der **Landesbauordnung**

358 mit Wirkung zum Jahre **2022** eine **Solarpflicht für alle Neubauten** festzuschreiben. Dies soll
359 für alle öffentlichen, sowie gewerblichen und private Gebäude gelten und ebenfalls durch
360 die Zurverfügungstellung entsprechender Subventionen sozialverträglich gestaltet werden.

361

362 Darüber hinaus soll die **Landesbauordnung** ab dem Jahre **2022** ebenfalls verbindliche Fest-
363 setzungen über den Einsatz von **umweltschonenden Baumaterialien** und das Erfordernis
364 von **umweltschonenden Außenanlagen** enthalten.

365

366 So fordern wir, dass bei Neubauten in Zukunft ein großer Teil aller verwendeten Baustoffe
367 aus nachwachsenden, gut recyclebaren und lange verfügbaren Rohstoffen bestehen müs-
368 sen.

369

370 Außerdem können auch die Außenanlagen erhebliche klimatische Auswirkungen haben. Ein
371 Beispiel hierfür sind sog. Steingärten. Aufgrund der fehlenden Begrünung heizen sich die
372 Steine besonders im Sommer auf und geben sodann die Wärme an die Umgebung ab. Da die
373 Steine die Wärme außerdem speichern, kann sich der Garten, bzw. der Boden, auch nachts
374 nicht abkühlen. Wasserundurchlässige Schotterbeete verhindern dazu, dass Regenwasser
375 ins Erdreich sickern kann und begünstigen so die Austrocknung des Erdreichs. Damit haben
376 Steingärten aus unserer Sicht erhebliche negative Auswirkungen auf das Mikroklima. Wir
377 fordern daher die saarländische Landesregierung dazu auf, zukünftig die **Anlage von sog.**
378 **Steingärten in der Landesbauordnung zu verbieten.**

379

380 **VI. Verkehr**

381 Zur Erreichung der Klimaziele brauchen wir zudem eine echte Verkehrswende. Allen voran
382 ist eine Elektrifizierung des Verkehrs notwendig, um die anvisierte CO₂-Reduktion im Ver-
383 kehrssektor bis zum Jahr 2040 zu erreichen. Bereits in den vergangenen Jahren wurde hier eine
384 positive Entwicklung gestartet, die sich immer weiter beschleunigt. Jedoch bedarf es noch
385 weiterer **Effizienzsteigerungen, was die Produktion der Elektrofahrzeuge sowie deren**
386 **Energieverbrauch anbelangt.** Das energieeffizienteste Fahrzeug ist jedoch das, das gar
387 nicht fährt. Ziel sollte es daher sein, den Individualverkehr weitestgehend auf Bus, Bahn und
388 Fahrrad zu verlagern. Zur Kompensation und zum Übergang brauchen wir hier zudem wei-
389 tere technologieoffene Ansätze. Die Weiterentwicklung von elektrischen Fahrzeugen soll

390 daher ebenso gefördert werden wie mit synthetischen Treibstoffen oder Wasserstoff ange-
391 triebene Fahrzeuge. Der Strom zur Erzeugung dieser Kraftstoffe muss dabei ebenfalls aus
392 regenerativen Quellen stammen.

393

394 Um die Elektrifizierung des Verkehrs voranzutreiben bedarf es schnellstmöglich der **flä-**
395 **chendeckenden Einrichtung einer Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge** im Saarland.
396 Der Blick in andere Bundesländer aber auch das Ausland zeigt, dass wir hier bereits deutlich
397 weiter sein könnten. Wir fordern daher, dass – bis auf begründete Ausnahmen – an jedem
398 öffentlichen Gebäude bis Ende des Jahres 2023 öffentlich zugängliche Ladesäulen für Elekt-
399 rofahrzeuge, egal ob Autos, Roller oder E-Bikes, vorhanden sein müssen. Hierzu bedarf es
400 weiterer finanzieller Unterstützung sowie einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedin-
401 gungen durch Land und Bund. Ergänzt werden muss dies noch durch weitere Anreize für
402 Privatpersonen und Unternehmen öffentlich zugängliche Elektroladestationen an ihren Ge-
403 bäuden bzw. auf den ihnen zur Verfügung stehenden Flächen (z. B. Parkplätzen) zu errich-
404 ten. Neben dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ladesäulen für Elektrofahr-
405 zeuge benötigen wir ebenfalls den **gezielten Ausbau der Wasserstoffladeinfrastruktur im**
406 **Saarland**. Hier fordern wir von der Landesregierung deutlich mehr Engagement als in der
407 Vergangenheit, um die grundlegende Versorgung des Landes mit entsprechenden Tankstel-
408 len bis zum Ende des Jahres 2023 sicherzustellen und damit den zukünftigen Bedarf, allen
409 voran der Industrie, abzudecken.

410

411 Wir fordern für den Verkehrssektor Technologieoffenheit und daher auch die **Weiterent-**
412 **wicklung und Förderung synthetischer Kraftstoffe**, sogenannter E-Fuels. Sie können
413 ebenfalls ergänzend dazu beitragen, den Verkehr bis zum Jahr 20240 CO₂-neutral zu gestal-
414 ten. Neben der Forschung zu E-Fuels und deren Produktion im Saarland muss auch die For-
415 schung zu und Produktion von Batterien und Brennstoffzellen mittels gezielter Anreize ins
416 Saarland verlagert werden.

417

418 Zur weiteren Reduzierung des Individualverkehrs bedarf es einer Generalüberholung des
419 saarländischen ÖPNV. Die aktuelle Tarifstruktur des ÖPNVs im Saarland mit ihrem Waben-
420 system ist deutlich überholt, wir brauchen ein einheitliches ansprechendes Tarifsysteem für
421 das Land sowie eine **radikale Strukturreform**, die unter anderem die Zusammenführung
422 aller Aufgabenträger zum Ziel haben sollte. Verwiesen werden soll an dieser Stelle auf die

423 Beschlüsse der Jungen Union aus den vergangenen Jahren zu dieser Thematik. Gerade der
424 ländliche Raum, der in den vergangenen Jahrzehnten von der Stilllegung verschiedener Bus-
425 und Bahnstrecken betroffen war, weist heute Nachholbedarf bei der Nutzung öffentlicher
426 Verkehrsmittel auf. Hier können in vielen Fällen Bürger- oder On-demand-Busse als effizien-
427 te Lückenfüller dienen, welche durch die Landesregierung gerade in der Startphase be-
428 sonders gefördert werden müssen. Die Wiedereinrichtung stillgelegter Bus- und Bahnstre-
429 cken sehen wir an einigen Stellen neben einer deutlichen **Vergünstigung der Fahrtickets**
430 als zielführend an. Allem voran die Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets sowie eines ent-
431 sprechend preisreduzierten Monatstickets für Bevölkerungsgruppen wie Schüler, Studen-
432 ten, Senioren und kinderreiche Familien kann hier zu einer deutlichen Attraktivitätssteige-
433 rung des ÖPNVs im Saarland führen. Die **bessere Anbindung des Saarlandes** nach außen
434 durch weitere Expresszüge sowie nach innen durch eine bessere Anbindung von Industrie-
435 und Gewerbegebieten an den ÖPNV sehen wir ebenfalls als weitere Schritte an, um den
436 Umstieg der Saarländerinnen und Saarländer auf den ÖPNV voranzutreiben. Um den ÖPNV
437 selbst bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu gestalten, bedarf es ebenfalls einer Umstellung der
438 heute noch meist dieselbetriebenen Busse durch Elektro- oder Brennstoffzellenfahrzeuge.

439
440 Neben einer Anpassung des Personenverkehr stellen **Anpassungen am Güterverkehr** einen
441 weiteren wichtigen Beitrag zum Erreichen der CO₂-Neutralität des Saarlandes bis zum Jahr
442 2040 dar. Auch bei den Warentransporten muss es uns gelingen, den Großteil von der Straße
443 auf die Gleise zu verlagern und die verbliebenen Transporte auf der Straße mittels der ge-
444 nannten Techniken oder auch weiterer Modelle wie Oberleitungen klimaneutral zu gestal-
445 ten.

446
447 Des Weiteren sprechen wir uns für eine **Stärkung des Radverkehrs im Saarland** aus. Hierfür
448 benötigen wir eine bessere Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel (Mitnahme des
449 Fahrrades in Bus und Bahn), den Ausbau und die Instandhaltung des Radwegenetzes auf
450 dem Land und innerhalb der Städte, eine Verbesserung der Anbindung der überregionalen
451 Fahrradnetze an die Bahnhöfe, die Einrichtung überdachter Haltestellen mit sicheren Fahr-
452 radstellplätzen und Ladestationen für E-Bikes sowie barrierefreie Ein- und Ausstiegsmög-
453 lichkeiten an den Bahnhöfen.

454

455 Auch sollte die Nutzung von Fahrgemeinschaften künftig finanziell unterstützt werden, bei-
456 spielsweise durch die Geltendmachung einer Mitfahrerpauschale in der Steuererklärung.
457 Ferner fordern wir eine Verbesserung der Infrastrukturen bei Park-and-Ride-Parkplätzen
458 und die Schaffung intelligenter digitaler Lösungen zur Bildung von Fahrgemeinschaften.

459

460 Was den Verkehr auf der Straße betrifft, gilt auch für diejenigen in der Luft. Auch der Trans-
461 port von Menschen und Waren per **Flugzeug** muss mittels E-Fuels, Brennstoffzellen und an-
462 deren Mitteln bis 2040 klimaneutral gestaltet bzw. durch ein entsprechendes Angebot auf
463 Bus und Bahn verlagert werden.